

Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 21.09.2011, 17:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Norbert Frieling	CDU	
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 19:35 h (bis TOP 6 ö. S.)
Herr Richard Bolwerk	CDU	Vertretung für Michael Quiel
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	bis 18:58 h (TOP 2 ohne Abstimmung)
Herr Uwe Kombrink	CDU	
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	bis 19:05 h (TOP 2 ö. S.)
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Inge Walfort	SPD	
beratende Mitglieder		
Herr Klaus Schneider	AfC	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Herr Josef Strotmann		

Schriftführung: Herr Josef Strotmann

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Als Gäste zu TOP 2: Herr Ahn, Wolters Partner, Coesfeld

Herr Thier, Landwirtschaftliche Buchstelle

Herr von der Poel, Westfälisch Lippischer Landwirtschaftsverband

Die Sitzung endet um 19:58 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Stellungnahme Regionalplan Münsterland - Windvorranggebiete
Vorlage: 198/2011
- 3 Bebauungsplan Nr. 039 "Jakobistraße" / 2. Änderung
Vorlage: 204/2011
- 4 Bebauungsplan Nr. 122 "Wohnen am Kulturquartier" / 1. Änderung
Vorlage: 206/2011
- 5 Bebauungsplan Nr. 93 "Gewerbegebiet Südwest III" -4. Änderung-
Vorlage: 186/2011
- 6 Erneuerung der Straßenbeleuchtung, Wiesenstraße, Clemensstraße, Eschenweg,
Paradiesweg
Vorlage: 194/2011
- 7 Sperrung des Verbindungsweges zwischen Osterwicker und Billerbecker Straße
(Blomenesch)
Vorlage: 201/2011
- 8 Realisierungsstand der Maßnahmen zum III. Quartal 2011
Vorlage: 203/2011
- 9 Budgetbericht per 30.06.2011
Vorlage: 188/2011
- 10 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Nutzung Gewerbegrundstück
Vorlage: 208/2011
- 3 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der TOP 3 „Bebauungsplan Nr. 039 - Jakobistraße / 2. Änderung“ abgesetzt, da hierüber zunächst der Bezirksausschuss beraten soll.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Schmitz berichtet, dass der Kreis demnächst den auf der gegenüberliegenden Seite der Friedrich-Ebert-Straße liegenden Parkplatz mit einer Schranke versehen werde. Im hinteren Bereich sollen zusätzliche Stellplätze für den Landesbetrieb Straßen NRW angelegt werden.

Weiter berichtet Herr Schmitz, dass die endgültigen Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen Reiningstraße in der Novembersitzung vorgestellt würden.

Zur Verkehrsberuhigung in der nord-westlichen Innenstadt räumt Herr Schmitz ein, dass die Umstellungsphase in den Ferien aufgrund der witterungsabhängigen vorgezogenen Markierungsarbeiten nicht ausreichend kommuniziert worden sei. Andererseits sei aber zwingend ein gewisser Vorlauf vor Schulbeginn erforderlich gewesen. In den nächsten Tagen würden eigene Messgeräte installiert, um vor der offiziell angesetzten Zählung nach einer halbjährigen Probephase grob ermittelte Verkehrsbelastungszahlen zu bekommen. Nach ersten Beobachtungen habe sich der Verkehr im Bereich Hohe Lucht/Kapuzinerstraße und im Bereich Seminarstraße/Basteiring/Köbbinghof verringert. Verschärft habe sich allerdings die Situation am Knotenpunkt Basteiwall/Marienwall/Neutorstraße. Hier sei ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen festgestellt worden. Sorgen bereite auch die Wetmarstraße. Durch die wechselseitig versetzt aufgebrachten Parkmarkierungen fließe der Verkehr nicht schnell genug ab. Möglicherweise müsse hier noch nachgebessert werden.

Inzwischen seien auch vier Schreiben von Einzelhändlern aus dem Bereich Kleine Viehstraße und Hengte eingegangen, die sich mit der neuen Verkehrsführung auseinandersetzen. In erster Linie würden Einbußen beklagt, da die Erreichbarkeit schwieriger geworden sei.

Herr Schmitz weist darauf hin, dass die Verwaltung den Versuch gerne zu Ende führen und nach Vorliegen entsprechender Zahlen eventuell Änderungen für einen besseren Verkehrsfluss vornehmen wolle.

Herr Schmitz berichtet, dass das Regionale-Projekt „Bahn-Land-Lust“ in der Regionale-Agentur sehr positiv aufgenommen werde.

Hinsichtlich des EIWO-Geländes im Dreischkamp weist Herr Schmitz darauf hin, dass seinerzeit der B-Plan geändert worden sei. Derzeit werde der Bereich allerdings als Lkw-Parkplatz genutzt. Für diese Zwischennutzung werde kurzfristig ein Bauantrag gestellt. Gleiches gelte für die Fläche an der Dieselstraße.

Herr Schmitz teilt im Zusammenhang mit der Errichtung der Waschbox an der Dülmener Straße mit, dass die Außengestaltung mit der Ersatzanpflanzung von Bäumen und Hecken noch erfolgen werde.

Zum Parkraumkonzept, das unmittelbar vor der Vergabe stehe, erläutert Herr Schmitz, dass im Oktober die Parkraumerfassung erfolge und erste Ergebnisse zum Jahresende vorliegen werden.

Herr Dickmanns informiert die Ausschussmitglieder über den Stand der Prüfung der städtischen Gebäude. Für Coesfeld seien die Schadensfolgeklassen CC1 und CC2 relevant. Der Gebäudebestand werde sukzessive durch Fachpersonal überprüft. Bislang sei ein Schaden im Bereich des Kriechkellers der Kreuzschule festgestellt worden, der jetzt saniert werde.

Herr Dickmanns weist außerdem darauf hin, dass die WC-Anlage am Bahnhof aufgrund baulicher Mängel (verstopfte Zuleitungen) derzeit geschlossen sei. Da die Sanierung nur mit sehr großem Aufwand möglich sei, würden derzeit entsprechende Gespräche geführt und der Umfang des Schadens geprüft. Sobald neue Erkenntnisse vorlägen, würde er erneut berichten.

TOP 2	Stellungnahme Regionalplan Münsterland - Windvorranggebiete Vorlage: 198/2011
-------	--

Herr Ahn vom Büro Wolters Partner stellt anhand einer ausführlichen Präsentation die planungsrechtlichen Möglichkeiten zu Ausweitung der Windenergienutzung in der Stadt Coesfeld dar. Seitens der Landesregierung sei vorgesehen, den Anteil der Stromerzeugung aus Windenergie von derzeit 3 % auf 15 % bis zum Jahre 2020 zu erhöhen. Verschiedene Gesetzesanpassungen und der neue Windenergieerlass sähen deutliche Erleichterungen vor, um den weiteren Ausbau zu realisieren. Ausschlaggebend sei die Vereinfachung der planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau regenerativer Energien.

Zum Vorgehen für die Stadt empfehle er, dass die Stadt zunächst Suchbereiche herausfiltere, die städtebaulich abgestimmt und ökologisch grob vorabgeschätzt seien. Daran solle sich eine ausführliche Information der Öffentlichkeit anschließen, damit Eigentümer von Flächen ihr Interesse bekunden können, wobei die Rahmenbedingungen von der Stadt definiert werden. Die notwendigen Fachplanungen beauftragen dann später die Betreibergemeinschaften, die sich im Verfahren gebildet haben. Die FNP-Darstellung müsse dann um die Standorte erweitert werden, die konzeptionell und fachplanerisch tragfähig seien.

Anschließend erläutert Herr Thier von der landwirtschaftlichen Buchstelle Münster ebenfalls anhand einer Präsentation die neuen Chancen der Windenergie. Er hebt insbesondere hervor, dass im Gegensatz zu früher die Planung nicht mehr von oben nach unten, sondern von unten nach oben erfolgen solle. Früher seien Vorrangzonen und Eignungsbereiche durch die Regionalplanung vorgegeben worden, heute schlage die Kommune Suchbereiche vor. Dies sei die Chance für das Modell des „Bäuerlichen Bürgerwindparks“. Die Eigentümer der Flächen und Bürger aber auch regionale Energiebetreiber oder örtliche Stadtwerke schließen sich zusammen und planen, holen Gutachten ein und wickeln das Genehmigungsverfahren ab. Gleichzeitig verpflichteten sich die Eigentümer keine Verträge mit Maklern und Projektgesellschaften abzuschließen. Alle am Projekt Beteiligten seien zugleich auch finanziell beteiligt.

Herr Stallmeyer bedankt sich für die SPD-Fraktion zunächst bei den Vortragenden und weist darauf hin, dass es jetzt Zeit sei, die Chance zu ergreifen und die kommunale Planung voranzutreiben. Auch Frau Ahrendt-Prinz spricht sich insbesondere für die Entwicklung von Bürgerwindparks aus und begrüßt das geplante Vorgehen.

Herr Kraska erkundigt sich, ob es möglich sei, auf die Bauweise (z.B. horizontale Rotoren) der Windenergieanlagen Einfluss zu nehmen. Herr Ahn antwortet, dass dies aus bauordnungsrechtlicher Sicht ein schwieriges Thema sei. Wenn derartige Vorgaben z.B. in B-Pläne aufgenommen würden, scheitere es in der Regel an der Begründung.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Tranel, dass das in den Vorträgen Dargestellte die volle Zustimmung seiner Partei finde. Dies sei eine gute Basis für eine nachhaltige Entwicklung.

Beschlussvorschlag 1:

Aufgrund der vorliegenden Interessenbekundungen und der Aktualität der Thematik (Energiewende) soll das Thema Steuerung der Windkraftnutzung kurzfristig und mit Vorrang aufgegriffen werden. Die Prioritätenliste wird insoweit geändert.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Vorbereitung einer ergänzenden Stellungnahme zum Regionalplan zur Thematik Windvorrangbereiche und gegebenenfalls zur Vorbereitung einer Änderung des Flächennutzungsplanes eine aktualisierte Tabuflächenanalyse durchführen zu lassen und eine erste ökologische Bewertung der sich daraus möglicherweise ergebenden Suchräume. Dabei soll auch untersucht werden, ob sich planerischer Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten im Rahmen des Repowering bereits vorhandener Anlagen ergeben. Die Stadt geht mit diesen Planungsschritten zunächst in Vorleistung.

Beschlussvorschlag 3:

Im Bereich möglicher neuer Suchräume soll eine weitere konkretisierende Planung nur dann erfolgen, wenn mit allen Flächeneigentümern in einem konkreten Planungsraum und den von der Planung betroffenen Anliegern ein grundlegender Konsens erzielt werden kann. In den möglichen Suchräumen muss die Planung eine optimierte Ausnutzung der möglichen Potentiale unabhängig von „zufälligen“ Flächenverfügbarkeiten gewährleisten. Neue Investitionen sollen nur im Rahmen eines „Bürgerwindparks“ oder als Repowering bestehender Anlagen zugelassen werden.

Beschlussvorschlag 4:

Konkretisierende Planungsschritte über die Aktualisierung der Tabuflächenanalyse und die erste ökologische Bewertung der Suchräume hinaus sind von den möglichen Betreibern zu finanzieren. Die von der Stadt erbrachten Vorleistungen sind dabei anteilig zu erstatten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11	0	0
Beschluss 2	11	0	0
Beschluss 3	10	1	0
Beschluss 4	11	0	0

TOP 3 Bebauungsplan Nr. 039 "Jakobistraße" / 2. Änderung
Vorlage: 204/2011

Abgesetzt.

TOP 4 Bebauungsplan Nr. 122 "Wohnen am Kulturquartier" / 1. Änderung
Vorlage: 206/2011

Beschlussvorschlag 1 :

Satzungsbeschluss

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122 „Wohnen am Kulturquartier“, einschließlich der in den Plan aufgenommenen örtlichen Bauvorschriften nach der Bauordnung Nordrhein-Westfalen, wird als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert am 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542),

gemäß § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW Seite 256) in der zz. gültigen Fassung,

gemäß § 51a des Landeswassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) vom 25.06.1995 (GV NRW Seite 926) in der zz. gültigen Fassung,

gemäß den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO. NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666), in der zz. gültigen Fassung.

Beschlussvorschlag 2:

Beschluss der Begründung

Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 122 „Wohnen am Kulturquartier“ / 1. Änderung in der Fassung Juni 2011 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	8	1	1
Beschluss 2	8	1	1

TOP 5 Bebauungsplan Nr. 93 "Gewerbegebiet Südwest III" -4. Änderung-
Vorlage: 186/2011

Für die SPD-Fraktion spricht sich Herr Stallmeyer zunächst dafür aus, den Anteil der Nebensortimente auf das bisherige Maß zu beschränken. Herr Backes erläutert hierzu, dass der Anteil von 7 % im Vergleich zu anderen Kommunen sehr niedrig angesetzt sei. Die Firma Boer werde ohnehin bereits sehr eingeschränkt. Zu berücksichtigen sei aber auch, dass Boer zu anderen Standorten in Konkurrenz stehe. In Abstimmung mit der IHK werde daher die jetzt vorgeschlagene Regelung empfohlen.

Frau Ahrendt-Prinz sieht die Situation der Coesfelder Einzelhändler ebenfalls gefährdet.

Für die CDU-Fraktion fragt Herr Tranel, ob die Einhaltung der Nebensortimente kontrolliert werde und ob zusätzliche Stellplätze erforderlich seien. Herr Schmitz antwortet, dass nicht regelmäßig, sondern eher anlassbezogen kontrolliert werde. Die Frage der Stellplätze werde im späteren Baugenehmigungsverfahren geprüft; ausreichend Platz stehe zur Verfügung.

Nach weiterer kurzer Diskussion erklärt Herr Stallmeyer, dass seine Fraktion unter diesen Umständen der B-Planänderung zustimme.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Beschlussvorschlag 2:

Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93 „Gewerbegebiet Südwest III“ einschließlich der textlichen Festsetzungen und der Entwurf der Begründung werden beschlossen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 ist durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	9	0	1
Beschluss 2	9	0	1

TOP 6	Erneuerung der Straßenbeleuchtung, Wiesenstraße, Clemensstraße, Eschenweg, Paradiesweg Vorlage: 194/2011
-------	---

Herr Dickmanns erläutert kurz die Sitzungsvorlage. In der anschließenden Diskussion fragt Herr Tranel nach, ob eine Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Herr Dickmanns erklärt, dass grundsätzlich eine Beteiligung der Bürger stattfindet, allerdings nicht jeder geäußerte Wunsch berücksichtigt werden könne. So könne man z. B. beim Typ der Straßenlaternen deutliche Rabatte erzielen, wenn größere Mengen des gleichen Typs abgenommen würden. Daher könne auch nicht jeder Straßenzug seine Laternen aussuchen. Die Bürger würden allerdings auch finanziell entlastet, da es sich um eine beitragsfähige Maßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz handle. Die prozentuale Beteiligung der Anlieger richte sich nach der Einstufung der Straßen. So sei die Wiesenstraße als Hauptverkehrsstraße einzustufen, für die ein Beitrag in Höhe von 40 % erhoben werde. Die Clemensstraße, der Eschenweg und der Paradiesweg würden als Anliegerstraßen mit 80 % belastet. Die entsprechenden Beitragsanteile ergäben sich aus der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen.

Auf die Frage von Frau Ahrendt-Prinz, ob nicht alternativ besser LED-Leuchten verwendet werden könnten, erklärt Herr Dickmanns, dass diese zum einen in der Anschaffung deutlich teurer seien, zum anderen aber auch der Ausleuchtungspegel zu gering sei. Es seien aber 15 LED-Leuchten zu einem Vorzugspreis beschafft worden, die die Stadtwerke aufstellen werden. Nach Aufstellung würden Vergleichsmessungen durchgeführt und über das Ergebnis in der Presse berichtet.

Weiter fragt Frau Ahrendt-Prinz, ob nicht die Stadtwerke für die Straßenbeleuchtung zuständig seien. Herr Dickmanns erläutert, dass vorgesehen sei, die Aufgabe Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke abzugeben. Es gebe allerdings noch rechtliche Probleme, die derzeit durch zwei Kanzleien geprüft würden. Zu berücksichtigen sei auch, dass eine Abrechnung nach KAG nur als Stadt möglich sei.

Beschlussvorschlag:

Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf der Wiesenstraße, der Clemensstraße, dem Eschenweg und dem Paradiesweg erfolgt entsprechend dem in dieser Vorlage beschriebenen Beleuchtungsstandard.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	9	0	1

TOP 7	Sperrung des Verbindungsweges zwischen Osterwicker und Billerbecker Straße (Blomenesch) Vorlage: 201/2011
-------	--

Nach Einführung durch Herrn Schmitz bemängeln die Fraktionen, dass die in der Sitzungsvorlage vorgeschlagene Regelung die Belange der Anlieger und Landwirte nicht ausreichend berücksichtige. Herr Stallmeyer spricht sich daher für die SPD-Fraktion dafür aus, die jetzige Regelung beizubehalten. Nach kurzer weiterer Diskussion empfiehlt der Ausschuss, die Verwaltung möge eine bürgerfreundliche Lösung umsetzen.

TOP 8	Realisierungsstand der Maßnahmen zum III. Quartal 2011 Vorlage: 203/2011
-------	---

TOP 9	Budgetbericht per 30.06.2011 Vorlage: 188/2011
-------	---

TOP 10	Anfragen
--------	----------

Herr Korth erkundigt sich nach den Sandabgrabungen „Wahlers Venn“. Herr Backes erklärt, dass die Abgrabung bei der Bezirksregierung angemeldet sei und erste Analysen durchgeführt worden seien. Ergebnisse gebe es allerdings erst später.

Von der FDP-Fraktion liegt eine schriftliche Anfrage zur Platanenfällung vor dem Jägerhof vor, die dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist. Herr Dickmanns erläutert zunächst, dass alle Beschlüsse entsprechend umgesetzt worden seien. Kosten seien in Höhe von 3.103,00 EUR entstanden zzgl. Gutachterkosten in Höhe von 1.149,00 EUR. Die Fällung sei aufgrund

des Ergebnisses des Gutachtens erfolgt, da nach Entnahme der Stabwurzeln die Standfestigkeit nicht mehr gegeben gewesen sei.

Herr Stallmeyer weist auf den schlechten Zustand der Fahrbahnmarkierungen im Bereich der Sökelandstraße hin. Auch der Zebrastreifen im Bereich Hansestraße löse sich schon. Herr Dickmanns erklärt, dass man in Kontakt mit dem Kreis stehe. Einige Dinge seien derzeit noch offen, was auch für den städtischen Bereich gelte.

Herr Stallmeyer bittet aufgrund der im Bereich des Gebäudemanagements vorgesehenen Mittel für die Gebäudeleittechnik darum, diesen Punkt einmal im Ausschuss vorzustellen. Herr Dickmanns sagt dies zu.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Josef Strotmann
Schriftführer